

Völkische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1917 Nr. 163

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 210

Zweite Ausgabe

Abdruckverbot für die sozialdemokratischen Parteien oder deren Organe ist in diesem Blatt nicht gestattet. Die Redaktion ist nicht für die Meinungen der Mitarbeiter verantwortlich. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale).

Verantwortlicher: Dr. Simon, Halle

Freitag, 30. März 1917

Gedruckte in Berlin und Berlin: Verlags-Veranstaltung: Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

Die Steuererhöhungen vom Reichstage angenommen

Gegensatz zwischen Heer und provisorischer Regierung?

Das einen telegraphischen Bericht des bekannten russischen Militärkritikers Oberst Schumsky an das "Journal" vom 25. März gibt hervor, daß die provisorische Regierung der zunehmenden Demoralisierung des Heeres entgegenzuwirken beabsichtigt. Es heißt darin: Wie sehr das demokratische Ideal der Armee demagogisch, bewußt die Falsche, daß in mehreren Petersburger Regimentern Komites entstanden sind, die aus den verbitterten Soldaten, den besten Unteroffizieren und den besten Offizieren und ihrer Familien wegen am meisten gefährdeten Offizieren gebildet wurden. Die Komites sollen beauftragt werden, wenn es sich um die Verbesserung zu höheren Graden handelt. Diese Bestrebungen werden offensichtlich von der provisorischen Regierung nicht gebilligt, da sie nicht gewillt ist, die wertvolle Kraft des inneren Zusammenhalts der russischen Armee durch unüberlegte Reformen zu erschüttern. Sie lassen aber erwarten, daß die künftige Reorganisation der russischen Armee im weitesten demokratischen Sinne auszuführen werden wird. Ebenfalls enthalten sie die Ansicht, die der Volksweise in Anhalt erreicht hat.

Allerlei Russisches

Amsterdam, 29. März. "Allgemeines Handelsblatt" meldet aus Peter sburg, daß die Kommission zur Reformierung der Armee sich auf folgende drei Punkte als Grundzüge für die Reform geeinigt hat.
1. Abschaffung des Grades der Anciennität für Ernennungen nach Oberkommando und im Generalstab.
2. freie Wahl der subalternen Offiziere durch ihre unmittelbaren Vorgesetzten.
3. persönliche Verantwortlichkeit der Vorgesetzten für die von ihnen gewählten Subalternen.

Abordnungen von Soldaten und Offizieren kommen täglich von den Fronten, um der Kriegskommission der Zuma zu erklären, daß es der feste Wille ihrer Truppenabteilungen ist, den Krieg bis zu einem entscheidenden Genuss fortzusetzen. Englische Offiziere haben die Garnisonen von Rostoff und die Kavalleriebrigade Nikolaus besucht und ihre Auffassungen über die Reformierung der russischen Armee mitgeteilt. Französisch und italienische Offiziere haben in verschiedenen Wärdern verschiedene Regimenter besucht. Der Präsident der Zuma hat die Grundbesitzer und Bauern in einem Aufruf aufgefordert, alles verfügbare Land zu bestellen, damit der Bedarf der Armeen und des Landes gedeckt werden kann. Die Mitglieder der früheren regierung haben in gemeinsamen haben an die provisorische Regierung Briefe geschrieben, in denen sie sich mit der Bitte, in der Großfürst Michael Alexandrowitsch seinen Thronerben entlastet und den Wunsch ausgesprochen hat, dem Vaterland dienen zu dürfen, einmündigen erklären und gleichzeitig mitteilen, daß sie sich den Auffassungen der provisorischen Regierung fügen würden.

Petersburg, 29. März. (Medung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Oberst Schumsky erklärte, daß die Zuma bis zur Einleitung der konstituierenden Verammlung die Meinung des Landes vertritt. Mehrere Zuma-abgeordnete, die die Front besucht hatten, besetzten einstimmig, daß der Geist der Armee große Tapferkeit beweise. Alle Soldaten und Offiziere seien sich der unbedingten Notwendigkeit weiteren erbitterten Kampfes gegen den Feind bewußt.

Französische Sorgen um den russischen Landesgenossen

Berlin, 29. März. Am "Ausschliffe de Warde Wardeau" schreibt G. de Warde: Wir sind der festen Überzeugung, daß die russische Revolution sehr bald feste Formen annehmen oder verschwinden muß, wenn wir siegen sollen. Das gemalte Heer eines so großen Landes bedeuft ohne Autorität die betrübliche Schwächung u n u n e r e r V e r b ü n d e t e n . Dazu denke man die strategische Lage Anhalts, die Unzulänglichkeit seiner Industrie und seines Transportwesens. Anhalts militärische Position ist eine unüberwindliche Feste und trotzdem vermindert es sich gerade jetzt in tiefere innere Probleme, die nur im Laufe vieler Jahre zu lösen sind. Es ist nicht anzunehmen, daß der deutsche Generalstab die quinte Verleumdung nicht erkennt, die sich ihm für seine Pläne jetzt bietet. Bisherig wartet er in dessen bis zum Sommer, weil die Folgen der Revolution sich im russischen Heer dann noch weit fühlbarer machen werden.

Ein feindlicher Transportdampfer schwer beschädigt

London, 29. März. Der Transportdampfer "Lundeborg" (11 000 Tonnen), der ein Regiment Infanterie beförderte, ist am 27. März bei der Bucht von Heligoland auf eine Mine, zwei auf Höhe angelegte Dampfer überfahren worden. Das Schiff erlitt erhebliche Beschädigungen in seiner Besatzung und Besatzung.

500 000 Tonnen englischer Schiffsraumverlust im Februar

Berlin, 29. März. (Amlich.) Im Monat Februar sind, wie am 17. März bekanntgegeben, insgesamt 368 Tausend Tonnenschiffe mit 781 500 B. T. durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte versenkt worden. Davon waren 292 Schiffe feindlicher Flotte, und zwar 169 englische, 47 französische, 28 italienische, 8 russische, 4 belgische, 2 portugiesische und eins japanische.

Bei 33 Schiffen konnte man Namen und Nationalität nicht feststellen. Mindestens 20 davon müssen als englischer Nationalität angenommen werden, so daß der englische Verlust an Schiffsraum im Februar auf rund 500 000 Tonnen geschätzt werden kann. Von den 78 000 Tonnenschiffen waren 38 norwegisch, 14 niederländisch, 8 arabisch, 7 schwedisch, 5 spanisch, 3 amerikanisch und eins peruanisch.

Von dem gesamten im Februar versenkten Handelschiffsraum von 781 500 B. T. konnten die Ladungen bei 475 000 B. T. nicht festgehalten werden. Die verbleibenden 306 500 B. T. enthalten u. a. folgende Ladungen nach Art und Menge: 48 000 T. Frischmaterial, 91 500 T. Kohlen, 16 000 T. Öl und Petroleum, 16 500 T. Salz, 4800 T. Eisen, 11 300 T. Erz, 5500 T. Metall, 90 000 T. Getreide, 14 000 T. sonstige Lebensmittel, 8700 T. Viehfutter, 36 500 Kubikmeter Holz, 23 100 T. verbleibende Ladungen, darunter 1800 Ballen Wolle, außerdem an Stückgut etwa 15 000 T. Schweregut und 70 000 Kubikmeter Wafrat, ferner 500 Pferde und 3 Millionen Mark Gold.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 29. März, abends. (Amlich.) Im Westen bei Regen, im Osten bei Tauwetter feine besonderen Ereignisse.

In Mazedonien nichts neues.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 29. März. Amlich wird verlautbart:

Oesterlicher Kriegschauplatz

Außer reiner Täfelkeit unserer Erkundungsabteilungen nichts zu melden.

Italienischer Kriegschauplatz

Auf der Karstfrontliche drangen Sturmpanzern des Infanterie-Regiments Nr. 64 westlich von Zanjan in die feindlichen Gräben ein, machten 20 Gefangene und erbeuteten zwei Maschinengewehre. Unsere Flieger waren auf italienische Lager bei Pofabotin Bomben ab.

Südöstlicher Kriegschauplatz

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Sözer, Feldmarschallleutnant.

Verrent

Amsterdam, 28. März. Aus Amstuden wird gemeldet, daß dort das Gerücht geht, daß wieder zwei deutsche U-Boote versenkt worden sind, nämlich der "Richard Sim" 198 und "Pietor Cornelius Sim 146". Eine Bekräftigung des Gerüchtes liegt nicht vor.

Daag, 28. März. Das Korrespondenzbureau erzählt von gut unterrichteter Seite zu dem U-Bootbericht vom 19. d. Mts. über die Versenkung zweier U-Boote in der Nacht vom 17. zum 18. März bei einem Gefecht mit deutschen Seeoffizieren, daß es sich um die "Piraten" "Paragon" und "Lewellyn" handle, von denen der erste gesunken ist und der zweite schwer beschädigt wurde.

Orshiana, 29. März. Die norweg. Gefährlichkeit bräutet aus London, daß ein britischer U-Boot zwei Rettungsboote eines kanadischen Dampfers besetzt, der 24 Stunden vorher versenkt worden ist. Der U-Boot nahm die Boote in Besitz und überließ sie einem norwegischen Schiff, das in Sicht war.

In Rodean, 29. März. Das deutsche Bureau meldet aus London, daß ein britischer U-Boot zwei Rettungsboote eines kanadischen Dampfers besetzt, der 24 Stunden vorher versenkt worden ist. Der U-Boot nahm die Boote in Besitz und überließ sie einem norwegischen Schiff, das in Sicht war.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 29. März 1917.

Am Ministerische: Dr. Helfferich, Graf Rodean

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 18 Minuten.

Auf der Tagesordnung stand zunächst die erste Lesung des Notetats.
Abg. Bernheim (Soz. Arbgen.): Wie den Haupttat zu sehen wir auch den Notetat ab. Wir wollen durch die Ablehnung der Kriegspolitik der Regierung zum Ausdruck bringen und glauben durch unsere Haltung dem Volke den besten Dienst zu erweisen, indem wir den Geist des Militarismus unüberwindlich bekämpfen.

Ohne weitere Ausprägung wurde die erste Lesung beendet. In fortiger zweiter Lesung und alsdann auch in dritter Lesung wurde loban der Notetat einseitig angenommen. Dagegen stimmten nur die beiden sozialdemokratischen Fraktionen.

Es folgte die dritte Beratung der Steuererhöhungen beginnend mit dem Zusatz zur Kriegsteuer.
Abg. Kell (Soz.): Dieser Steuer können wir zu, ebenso der Vorlage zur Sicherung der Kriegsteuer, nicht aber der Verkehrs- und Kohlensteuer. Dieser sind unter dem Volksinteresse liegenden Änderungsanträge in zweiter Lesung abgelehnt worden. Wir werden sie auch in der dritten Lesung nochmals durchzubringen suchen.

Präsident Dr. Kaempf teilte mit, daß zur Verkehrssteuer ein Kompromissantrag vorliege, der den Güterverkehr auf Straßenbahnen freilassen will, sofern die Straßenbahn an die Stelle des Expeditionsunternehmens tritt.
Abg. Henke (Soz. Arbgen.): Dieser Steuer können wir zustimmen, nicht aber der Verkehrs- und der Kohlensteuer. Diese sind ein Verbrechen am Volke. (Wieder wurde zur Ordnung gerufen.)

Der Zusatz zur Kriegsteuer und die Sicherung der Kriegsteuer wurden einstimmig angenommen.

Es folgte der Entwurf betreffend Bekämpfung des Verkehrs- und Güterverkehrs. Hierzu lag ein Antrag vor, den Antrag Wumm auf Freilassung der Fuhrarten bis zu 35 Pfennig wieder zu streichen.
Abg. Müller-Meichenbach (Soz.): Über diesen Antrag muß namentlich abgemittelt werden, der Antrag Wumm enthält eine so wesentliche Verbesserung, die nicht wieder beseitigt werden sollte.

Abg. Henke (Soz. Arbgen.): Wir wünschen, daß die Grenze der Freilassung auf 60 Pfennig erhöht würde, werden aber zunächst für den Antrag Wumm stimmen.

In der namentlichen Abstimmung stimmten 142 Abgeordnete für die Aufrechterhaltung des bisherigen Beschlusses, 150 dagegen, 17 enthielten sich der Abstimmung. Der Antrag Wumm ist somit wieder gestrichen.
Die Verkehrssteuer wurde angenommen. Ebenso die Resolution betreffend den Güterverkehr auf den Straßenbahnen.

Es folgte die Kohlensteuer.
Hierzu lag ein sozialdemokratischer Antrag vor, auf Rückvergütung der Steuer auf die an Gemeindefabrikanten Rohle.

Für diesen Antrag stimmten 136 Abgeordnete, dagegen 181, fünf enthielten sich der Abstimmung. — Der Antrag wurde somit abgelehnt.

Abg. Waldheim (Fortf. Wt.) erklärte, daß infolge der Fragestellung des Präsidenten bei einer Anzahl von Abgeordneten Zweifel entstanden seien und daher fast abgestimmt worden wäre.

Die Kohlensteuer wurde angenommen. — In der Gesamtstimmung wurde das ganze Steuerengesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen angenommen.

Es folgte die zweite Beratung des Etats der Reichskasse, des Reichsfinanzers und des Auswärtigen Amtes.

Hierzu beantragten die Sozialdemokratischen Einigung eines Ausschlusses zur Vorbereitung von Reformen zur politischen Neuordnung im Deutschen Reich. Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft beantragte Vorlegung eines Gesetzes auf Einholung der Zustimmung des Reichstages beim Wählung von Blinden, sowie bei Kriegserklärungen und Friedensverträgen. Sie forderte ferner schleunigen Abschluß eines Friedens ohne Annexionen, Änderung des Wahlrechts unter Schaffung von Verhältniswahlen, Entlohnung des Parlamentes, Frauenstimmrecht, Sonntagsschließen.

Weiter beantragte die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft Änderung des einseitigen Wahlrechts, Aufhebung aller Ausnahmeprivilegien und Sicherstellung des

Verenrecht. Die Nationalisten beantragen die
Abg. Ewald (Str.): Das Verbandsrecht hat sich seitdem
des Äußersten mit unseren Angelegenheiten befaßt, die
Weiterleitung der Verhandlungen beauftragt und uns
vorgeworfen, wir müßten uns in die Entscheidung ein-
lassen. Nichts ist unrichtiger als dieses. Im Beginn des Krieges
haben wir auf alle gesetzgeberische Mitwirkung in vater-
ländischem Interesse verzichtet und alles dem Bundesrat
überlassen. Wir haben uns damit begnügt, von den Maß-
nahmen Kenntnis zu nehmen. Dabei ist die weitere
Zugung unserer Ausschüsse aber unerlässlich. Das Verbands-
recht müge vor seiner eigenen Zurechtweisung und uns in Ruhe
lassen. (Schloß & Bravo!)

Der Reichsanwalt hat im Abgeordnetenhaus gesagt, er wüßte eine Politik der
Stille nach außen wie nach innen. Auch wir wollen ein
taftes junges Volk aus dem Krieg herausbringen. Zu begreifen
ist, daß nach der letzten Rede des Herrn v. Treitschke die
Ausnahmegerichte gegen die Polen be-
seitigt werden dürften. Bei unseren Feinden sehen wir,
daß die meisten Länder ihre Selbständigkeit verloren haben.
Auch in Italien scheint sich die Revolution anzubahnen.
Die Cesepere muß aufrecht erhalten bleiben, auch wenn
Amerika sich zum Krieg entschließen sollte. Dann
werden unsere Truppen zu Wasser und zu
Land auch mit Hilfe fertig werden. (Schloß &
Bravo!)

Die Wirksamkeit unserer U-Boote ist auch für
England empfindlicher, als man angenommen hat. Die
Tragweite der russischen Vorgänge ist noch nicht zu über-
sehen. Ebenfalls müssen wir uns über jeder Einmischung
in die inneren Verhältnisse anderer Staaten enthalten.
Das Bündnis mit Österreich-Ungarn ist für uns eine
Lebensnotwendigkeit. Die inneren Feinde sehen wir,
wenn das Friedensgesetz zuerst besteht. Wir
haben diese Voraussetzung erfüllt. Wie
alle Völker, so scheint auch Deutschland nach
Frieden. Unsere Gegner wollen ihn nicht,
wir haben ihn ernstlich gewollt. (Beifall.)

Abg. Koss (Cos.): Unsere Feinde wollen einen Sieg
und Eroberung von Krieges nicht wissen, deshalb muß
Deutschland notgedrungen im Verteidigungsgebiete aus-
dauern. Wir wünschen daher, daß die neue
Kriegsangelegenheit möglichst erfolgreich aus-
falle. (Beifall.) Die Aukerung des
Ministerialdirektors Krüger, wir haben im ersten
Mittwoch den Krieg nicht gesehen. Die Beziehungen zu
China müssen möglichst bald wieder hergestellt werden.
Die mexicanische Sache war kein Verstoß des Auswärtigen
Amtes. Auf die dauernde Eroberung Belgiens muß
verzichtet werden. In Rußland ist das unhaltbare Steuerungs-
system zum Zusammenbruch. Die neue Regierung will vom
Frieden nicht wissen und die englischen Minister waren
voll Genußgier darüber, daß die Russen weiter für die
Frieden wollten. Jetzt ist die Stimmung in England
wesentlich gebessert, denn die Massen verlangen den Frieden.
(Bravo!) Von amtlicher Seite muß betont werden, daß
Deutschland sich nicht für die Wiedereinführung des Paris-
vertrages verwehrt. Der Appell der russischen Sozialdemo-
kraten ist Kopenhagen hat hier nicht nachgedacht werden
dürfen. (Beifall.) Die Stimmung ist nicht eine Stimmung
zu geben, die bei uns nicht nachgedacht werden kann.
Wichtig ist bei den Sozialdemokraten. Es gibt kein wirk-
sames Mittel, den entsetzlichen Frieden zu erreichen, als
solche Maßnahmen. Wir verlangen, daß alles acten wird,
um mit Rußland zu einem baldigen, ehrenvollen, dauern-
den Frieden zu kommen. (Bravo!) Das Reichswort "Wir
treiben keine Eroberungspolitik" muß Wahrheit bleiben.
Unsere inneren Reformen dürfen nicht im Schmelztempo
erfolgen, sie müssen Schritt halten mit den Ereignissen
der Welt. Das Unrecht gegen die Polen muß sofort be-
seitigt werden. In Elb-Verträgen dürfen die dynasti-
schen Rücksichten nicht mitreden. Wir wollen keine
neuen Bundesstaaten, sondern ein festes Reich. Ich warne
die Regierung, die Stimmung des Volkes zu unterschätzen.
Was heute an der Revolution gemacht werden kann,
muß sofort geschehen. Wir der mecklenburgischen Ver-
fassung hätte zu Kriegsbeginn mit einem föderalisch an-
geordnet werden können. Wenn etwas mit dem Verbands-
recht nicht zu erreichen ist, dann muß es a e a n dieses
geschehen. Nur keine Konzeptionen machen, war immer
der Rat der reaktionären Ratgeber der Krone. In welchem
Tempo Deutschland modernisiert wird, ist schließlich ab-
hängig von dem Willen und der Tapferkeit des Volkes. Das
Volk muß alle Energie aufwenden, um die Wunden des
Krieges zu heilen. Ewren Sie uns deshalb die Aus-
sagen der Regierung. Freie Bahn für das
freie Volk, wenn nicht in Worten, dann in Taten, ent-
schlossenen Kampf. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Müller-Meinungen (Fortf. vgl. Nr. 1): Unsere Aus-
sage darf nicht sein, uns in die inneren Verhältnisse Ruß-
lands einzumischen, namentlich nicht zu Gunsten des
Parisismus. Unsere unvergleichlichen Truppen machen es
möglich, schon jetzt an innere Reformen heranzugehen. Das
die Form der inneren Reformen der großen Zeit entspricht,
müßte ich bezweifeln. (Zehr richtig!) Die Monarchen-
aufkommenfünfte dienen nur zur Täuschung des Volkes,
damit sie aber die verdammtesten Zukunftspläne nicht
zu vergleichen. Das Verbandsrecht hat kein Wort der
Anerkennung für den Reichstag gefunden. Bedauerlich
kann die geheimen Verträge gegen die Revolution
den, die sich in den Kämpfen gegen den U-Boottiefen
ausbreiten (Großer Saal rechts). Juriste: Unerbörte
Unterstellung, Beleidigung.

Präsident Dr. Kaempff: Ich habe aus den Ausführungen
keine Beleidigung herausgehört.
Abg. Müller-Meinungen (fortfahrend): An Wagnern hat
sich der König loben gehöhrt, daß das Volk seit je für
das allgemeine und direkte Wahlrecht. Ist man in Preußen
darf nicht reif? Wir beantragen demgemäß die Ein-
führung des allgemeinen, gleichen direkten und zehnjährigen
Wahlrechts in allen deutschen Bundesstaaten. Nichts ist
mehr, als eine uneingeschränkte Militärreform. Bedauerlich
ist, daß der Reichswortminister im Abgeordneten-
haus gesagt hat, daß die Militärischen in keinem alten
genen Bewegung haben Verwehen und Deutschland ge-
schlossen. (Zehr richtig! richtig.) Nein, die allgemeine
Wahlrecht und die Volkstrost haben Verwehen und Deutsch-
land groß gemacht. (Zehr richtig! links.) Rein Wort ist
zu hoch, um einen Minister, der so den Feinden die
Flossen in die Hand gibt, entzandtautren. Der Unter-

schiedlichen Standtag und Reichstag muß beauftragt werden.
Gegenseitiges Vertrauen ist nötig, soll das neue
Deutschland gedeihen. Für die Freiheit zu sorgen ist
Pflicht des deutschen Volkes, in erster Linie der Volks-
vertretungen. An deutschem Weile soll die Welt ge-
wahrt werden. Das sollte eine gültige Botschaft. (Beifall
links.)

Abg. Stresemann (Nat.): Wir sehen von großen
Entscheidungen mit absoluter Ruhe und
Überlichkeit entgegen. Für England steht bei dem
U-Boottiefen die ganze Handelsflotte auf dem Spiele. Die
Angriffe auf Hamburg und Kiel sind ein entsetzlicher Traum
geblieben. Statt dessen stehen wir mit unseren Streit-
kräften an der englischen Küste und unsere Luftschiffe
schweben über England. Wir wünschen den Krieg mit
Amerika nicht, wir fürchten ihn aber auch nicht. England
entzündet einen Weltkrieg, um sein eigenes Saus zu
schützen. Das Saus wird aber über seinem Saus zu
kommenbrechen. Wer sich mit England ver-
bindet, stirbt daran. Es ist unverständlich, wie
man in Rußland auf den Gedanken kommen kann, irgend
jemand in Deutschland wolle dem Parisismus oder den
Jaren zu Hilfe kommen. Wir führen diesen Krieg nur
zur Verteidigung der eigenen Scholle und des Vater-
landes. Bedauerlich ist die Anführung im Verbands-
haus das deutsche Volk habe einen besseren Reichstag verdient.
Die wegwerfende Bemerkung des Reichswortministers,
der Reichstag sei jetzt zu laut noch nicht dazu da, preußi-
sche Minister zu ertzen und abzuwehen, bedauern wir
sehr und danken dem Reichsanwalt für die Verteidigung
des Reichstages im Abgeordnetenhaus. Uns geht der
Reichstag über jedes bundesstaatliche Interesse.
(Bravo!) Man braucht mit den inneren Reformen nicht
zu warten bis nach dem Krieg. Die Welt ist für die
Reichstagsarbeiten das Verhältnisbestimmend das beste.
Auch die demokratisch regierten Länder sind widerstands-
fähig, sonst wäre Frankreich längst zusammengebrochen und
sonst brauchen wir nicht mit England so zu ringen.
Demokratische Diplomaten hätten es auch nicht schiedler
gemacht als unsere Diplomatie. (Zehr richtig!) Wir
müssen nachfordern, ob nicht irgend wo sich Zulieferer
vorfinden. Wenn die Regierung Reformen für notwendig
hält, so sollte sie sich dieselben nicht abrinne lassen,
sondern die Initiative ergreifen. (Zehr richtig!) Bei
der Belagerung der Stellen in den besetzten Gebieten, hat man
sehr nicht nach dem Grundgesetz verfahren: Freie Bahn
denen, die den Reichsanwalt mit den inneren Reformen nicht
zuwarten bis nach dem Krieg. Die Reformen sind
Zunahme ein Reichstag verhalten können? Konstitutionen
Ginbernisse sollten nicht weiter bestehen. Wir werden uns
der Aufhebung des Reichstages ebenfalls widersetzen.
Das Staatsrecht des deutschen Volkes hat sich
herrlich bewährt, es wird das sicherste Fundament bilden
für die weitere Entwicklung. (Beifall.)

Abg. Graf Westphal (Nat.): In dem Augenblick, wo wir
im Kampf um unser Leben stehen, treten nach meinem
Empfinden die Fragen der innerpolitischen Zukunft ver-
hältnismäßig in den Hintergrund. Wir leben uns deshalb
auch nicht mit dem Reichsanwalt und dem Abgeordneten-
haus auseinander. Im Vorbergang der Erörterung über
die Neuorientierung steht die Reform der verfassungs-
rechtlichen Lage des Reichstages im Vordergrund. Die
Bauern und Wirtelnehmer dazu sagen, wenn wir ihre
Verhältnisse hier immer in dieser Weise kritisieren? Wir
sind durchaus damit einverstanden, daß die Reformen erst
nach dem Krieg vorgenommen werden. Die bewährten
Männer im Verbandshaus halten eben eine demokratische
Einmischung von ihrem Standpunkt aus für eine Schädigung
der vaterländischen Interessen. Wenn einzelner
Reden sollte man nicht gegen die ganze Institution Sturm
laufen. Entschieden Einspruch erheben wir dagegen, daß
man unsere Forderung nach dem U-Boottiefen mit un-
vollständigen Forderungen und mit der Kaiseranerkennung
in Verbindung bringt. Auch im Verbandshaus ist anerkannt
worden, daß das preussische Wahlrecht reformbedürftig ist
und daß wir an der Verbesserung mitarbeiten werden.
Das darf aber nicht so dargestellt werden, als ob nun alles
morsch und erneuerungsbedürftig sei. Deutschland hat
überlegenheit gesetzt gegenüber allen äußeren Feinden, das
beweist die volle Gesundheit unseres Volks- und Staats-
wesens. (Zehr richtig! rechts, Widerspruch links.) Das ist
für uns der Ansporn daran selbsthalten. Nämlich an einer
starken Monarchie, an einem Monarchen von Reich und
Blut, der die Gefühle seines Volkes führt und bündelt.
(Beifall.) Für so töricht brauchen Sie uns nicht
zu halten, daß wir den Fortschritt des Reiches von Friedrich
Wilhelm I. und Friedrich dem Großen an dem Volkstiere
Schwarzherz nicht würdigen. Das der Ausdruck "absoluter
Militarismus" vom Reichswortminister sehr
glücklich gewählt ist, vermögen auch wir nicht anzuerkennen.
Wenn die demokratische Welle die Grundfragen ver-
zerrt, dann ist es für uns die deutsche Volk als not-
wendig erachtet, so werden wir uns mit aller Macht dem
entgegenstemmen. Den Anträgen stimmen wir nicht zu,
da wir für den Augenblick eine grundsätzliche Änderung
unserer einzelstaatlichen Einrichtungen nicht bekräftigen
können. Das der Staatsrechtler die Antworten sich nach
Bundesangelegenheiten umgelenken hat, ist durchaus verständlich.
Die russische Revolution läßt sich nicht überleben. Bei
allem Schmutz, die das Verbandsrecht trifft, wird sich niemand
der Tragik seines Gedächtnisses entziehen können. Auch wir
wünschen den baldigen Frieden, der uns ein Aufkommen
leben mit dem neuen Zustand ermöglicht. Der Entschluß
Amerikas können wir in Ruhe entgegennehmen. An dem
Spezialgesetz darf nichts geändert werden. Wir ver-
trauen darauf, daß der U-Boottiefen auch England zum Frieden
zwingen wird. Den Rußland im Westen konnte nur ein
Zinshub durchzuführen. Wir sind entschlossen, die tieferen
Beziehungen des Krieges durchzuführen.
Hierauf ergreift der Reichsanwalt das Wort:

Meine Herren, ich werde aus dem großen Kreis, der von
den Herren Vorrednern behandelten Gegenstände nur Ein-
zelnes herausgreifen. Vorweg liegt es mir daran, im Namen
der Verbündeten Regierungen, dem Reichstages laut zu
sagen für die alte und neue Erziehung der Erwerbslos-
en. Der Reichstages hat sich mit dem heute gezeigten Be-
schluß ein neues Verdienst um unser Land erworben. Es hat
ein wertvolles Organismus hierdurch für uns geschaffen,
das uns mit weiterer Unterstützung in Rußland stehen. Das Ver-

der Ereignisse. Soweit wir hier erkennen können, ist Kaiser
Wilhelm das Opfer eigener Tragik der
Schuld gemorden. Seit der launen Zeit waren
Freuden und Mühsal durch eine traditionell gemordene
Freundschaft verbunden. Aber im russischen Reichthum
hat der letzte Träger der alten guten Beziehungen eigen-
lich schon mit Alexander II. ins Grab gefahren. Und ein-
gebend der Bande, die die benachbarten Reiche durch ein
Jahrhundert verknüpft hatte, unangehend der Lachide,
das seine vitalen Interessen-Gelegenheiten beide Länder tren-
nen, litt der Paz mehr und mehr in des Jahrmallers der
Entente und geriet schließlich in so starke Abhängigkeit von
der in dem autokratischen Regime herrschenden Kriegsbahn,
daß er in den Schicksalshänden des Juli 1914 den Appell
Seiner Majestät des Kaisers an die langjährige Freundschaft
anachort verhalten ließ. Eine bei unseren Gegnern noch
jeder beliebte Legende ist es, daß es die deutsche Regierung
gemeint sei, die das reaktionäre autokratische Regime in
Rußland gegen jede freireiwillige Bewegung unterstützt habe.
Schon vor einem Jahre habe ich hier im Reichstages erklärt,
daß dies eine den Tatsachen direkt widersprechende Behauptung
ist. Als Rußland im Jahre 1906 durch den japanischen
Krieg und die darauf folgende Revolution in ernste Not
gefiel, war es der Kaiser, der dem Kaiser, der dem
Kaiser Wilhelms auf Grund seines persönlichen Freundschafts-
verhältnisses dringend geraten hat, sich den berechtigten
Reformwünschen seines Volkes nicht länger zu wider-
setzen. Also das genaue Gegenteil von dem, was auch jetzt
wieder zu sehr durchsichtigen Zwecken behauptet wird. Der
Kaiser hat andere Wege ergriffen, Wege, die weder den
Interessen seines eigenen noch unseres Landes entgegen-
stehen mit seinem inneren Rußland befristeten Rußland
wäre kaum Raum geworden für die inneren Reformen und
Erhebungen. Ist schließlich in diesem Krieg gefestigt und das
alte Regime so stark belastet haben, daß es sogar schwer
fällt, das natürliche menschliche Mitleid mit dem ge-
stärkten Reichthum zu seinem Rechte kommen zu lassen.
Wie die Dinge sich jetzt entwickeln werden, kann wohl
niemand vorher sagen. Uns ist die Stellung zu den russischen
Vorgängen klar vorzuleuchten. Wir werden auch weiterhin
den Grundabstand belassen, uns in die inneren Verhältnisse
rußlands nicht einzumischen. (Beifall.) Von mis-
trauischer Seite werden jetzt mit allen erdenklichen Mitteln
in der Welt Propaganda verbreitet. Deutschland wolle die
kaum erzunene Freiheit des russischen Volkes vernichten.
Seine Majestät der Kaiser wolle die Herrschaft des Jaren
über die geknechteten Untertanen wieder herstellen. Diese
Ausstellungen sind eitel Lüge und Verleumdung, was ich
hiermit mit allem Nachdruck feststelle. Wie sich das
russische Volk sein Saus einrichtet, ist
ausschließlich seine eigene Angelegenheit,
in die wir uns nicht einzumischen. (Beifall.) Das einzige,
was wir wünschen, ist, daß sich in Rußland die
Hände entwickeln möchten, die es aus
einem festen und gesicherten Volk-
werk des Friedens machen. (Beifall.) (Beifall.)
Tragt die Neuordnung der Dinge dazu bei, die Wieder-
herübernahme der beiden auf gute Nachbarschaft angelegenen
Völker zu erleichtern, so begrüßen wir das mit Freude. (Beifall.)
Wir haben unter den Sünden des alten Rußlands,
das die russischen Reformen in den Jahren 1906 bis
im Juli 1914 gegen uns mobil gemacht, das im Dezember
1916 als erster unterer Feinde unter Friedensangebot
höflich abgelehnt hat, selbst genug gelitten. Das russi-
sche Volk, das diesen Krieg gewiß nicht
gewollt hat, kann ohne Sorge vor irgendwelcher
Einmischung von unserer Seite sein.
Wir begreifen nichts anderes, als möglichst
bald die Ruhe in Frieden mit sich zu bringen.
In der Hinsicht, in einem Frieden, der auf
einer für alle Teile ehrenvollen Grundlage
aufgebaut ist.
Meine Herren, in den nächsten Tagen versammeln sich die
Vertreter des amerikanischen Volkes, die vom Präsidenten
Wilson zu einer außerordentlichen Sitzung des Kongresses
zusammenberufen sind, um über die Frage, ob Krieg oder
Frieden zwischen dem amerikanischen und dem deutschen
Volke, zu entscheiden. Es ist schon sehr frühzeitig
zu erörtern und es hat diese Pflicht auch
heute nicht. Es hat niemals den Krieg mit
Amerika gemüht, ebenso wenig wie es dies heute tut. Wie ist
denn der Übergang gemeint? Wir haben den Vereinigten
Staaten mehr als einmal gesagt, daß wir auf die unbe-
schränkte Anwendung der U-Boottiefen in der Erwartung
verzichtet haben, daß England dazu gezwungen werden würde,
bei seiner Vordringlichkeit die Rechte der Neutralität zu
verleihen. Diese Vordringlichkeit ist ein höchst un-
glückseliges Verbrechen, das in dem Frieden, der auf
einer für alle Teile ehrenvollen Grundlage
aufgebaut ist, ein unüberwindliches Hindernis
darstellt. Wir haben die U-Boottiefen nicht nur nicht aufgeben,
sondern ausdehnen verdrängt. Es hat in Gemeinschaft mit seinen
Verbündeten unter Friedensangebot hochmütig abgewiesen
und Kriegesziele verdrängt, die auf unsere und unserer Ver-
bündeten Vernichtung hinauslaufen. Da haben wir zu dem
unbeschränkten U-Boottiefen gezwungen. Da mußten wir zu
ihm greifen. Jetzt hierin das amerikanische Volk einen
Grund, dem deutschen Volk mit dem es über 100 Jahre
in Frieden gelebt hat, den Krieg zu erklären, will es damit
das Blutvergießen von mehrern?

Wir sind es nicht, die die Verantwortung dafür tragen.
Das deutsche Volk, das die Verantwortung dafür trägt,
über Amerika empfindet, wird auch dies zu ertragen und zu
überwinden wissen.
(Bravo.)
Meine Herren, die demnächstige Regierung hat ihre
Beziehungen zu uns abgebrochen. Der demnächstige Gesandte hat
seine Stelle verlassen. Unsere Beziehungen zu China sind
freilich der verunpöthlichsten Natur gewesen, und wenn die
Verhältnisse jetzt ein Ende gefunden haben, so braucht ich
Sinn nicht zu sagen, daß wir nicht ein neues Geschäft
der demnächstigen Regierung vorliege, sondern daß wir unter
dem Druck unserer Gegner behandelt hat. Auch diesen
finanziellen Schwierigkeiten dabei eine Rolle gespielt haben.
Aber unsere Regierung handelt es sich darum, unsere Beziehungen
mit China zu erklären und sich das mühseligen anzuerkennen,
was zwischen Reich und deutsche Reichthum steht. Das ist

Abg. Müller-Meinungen (fortfahrend): An Wagnern hat
sich der König loben gehöhrt, daß das Volk seit je für
das allgemeine und direkte Wahlrecht. Ist man in Preußen
darf nicht reif? Wir beantragen demgemäß die Ein-
führung des allgemeinen, gleichen direkten und zehnjährigen
Wahlrechts in allen deutschen Bundesstaaten. Nichts ist
mehr, als eine uneingeschränkte Militärreform. Bedauerlich
ist, daß der Reichswortminister im Abgeordneten-
haus gesagt hat, daß die Militärischen in keinem alten
genen Bewegung haben Verwehen und Deutschland ge-
schlossen. (Zehr richtig! richtig.) Nein, die allgemeine
Wahlrecht und die Volkstrost haben Verwehen und Deutsch-
land groß gemacht. (Zehr richtig! links.) Rein Wort ist
zu hoch, um einen Minister, der so den Feinden die
Flossen in die Hand gibt, entzandtautren. Der Unter-

